

Stillstand am Fußgängertunnel

Die Sanierung kommt trotz Ausschreibung nicht voran



Es gibt schon wieder Neuigkeiten zum Fußgängertunnel am Bahnhof Schöneweide. Ursprünglich sollte der Tunnel seit Ende 2018 wieder geöffnet sein. Die Sanierung sollte dementsprechend im Herbst 2018 erfolgen. Der Tunnel wurde aufgrund eines Brandes im Dezember 2016 geschlossen. Seitdem ist er dauerhaft gesperrt und um vom Bahnhof auf die andere Straßenseite zu gelangen, beispielsweise um zum Bürgeramt zu kommen, muss man umständlich drei Ampeln benutzen.

Die Sanierung kommt jedoch nicht voran. Das entsprechende Vergabeverfahren für die Sanierung wurde durch die Senatsverwaltung zwar im April 2018 eingeleitet. Es wurde jedoch kein Angebot abgegeben. Auch eine zweite Ausschreibung im September 2018 erbrachte kein Ergebnis. Das einzige eingereichte Angebot wies einen mehrfachen Angebotspreis gegenüber der Kostenberechnung aus und konnte daher aus nicht beauftragt werden. Um einen anderen Bieterkreis anzusprechen, erfolgt

nun eine kleinteilige Ausschreibung einzelner Bereiche.

Für mich ist klar, die Sanierung kommt nicht voran, der Tunnel verkommt und wir brauchen endlich ein alternatives Nutzungskonzept! Dieses hatte ich bereits mehrfach erbeten, angeregt, erfragt. Ergebnis: Man will zwar prüfen (erst dann könne ein Konzept entwickelt werden), aber geprüft wurde bislang noch immer nicht. Stattdessen versucht man Geld für eine Sanierung auszugeben und wird es nicht einmal los. Für uns, die AnwohnerInnen und NutzerInnen des Bahnhofes, ein Ding der Unmöglichkeit.

Mein Wunsch ist es nach wie vor, dort ein automatisches Fahrradparkhaus einzurichten. Aber auch andere Nutzungen sind denkbar. Auf jeden Fall sollte man die Chance für etwas Neues nutzen. In diesem Sinne setze ich mich weiterhin dafür ein, dass der Tunnel uns in seinem jetzigen Zustand nicht erhalten bleibt.

Mehr Personal und neue Fahrzeuge

Diskussion zur Zukunft von BVG und S-Bahn

Ein ganz normaler Morgen in Berlin. Die S 85 entfällt, es gibt eine Weichenstörung, die S9 verspätet sich und die Straßenbahn fällt auch aus. Die BVG und die S-Bahn betreiben zwar das größte Verkehrsnetz Deutschlands und sind auch weltweit vorzeigbar, aber die 5% bis 10% der Züge, die verspätet sind oder ausfallen, sind die, die ausgerechnet wir nehmen wollen.

Die Gründe für den jetzigen Zustand sind vielfältig. Manche sind hausgemacht, manche von der Politik verschuldet, manche beruhen auf den überall spürbaren Personalmangel und manche ergeben sich einfach durch das Wachstum unserer Stadt. Richtet man die Vorwürfe an die Beschäftigten der S-Bahn und der BVG, trifft es auf jeden Fall die Falschen.

Investieren, neue Fahrzeuge und Züge kaufen, all dies wird seit Jahren gemacht oder ist beschlossen. In den kommenden Jahren wird so viel investiert wie noch nie zuvor. Dass man U- und S-Bahnen nicht einfach mal so kaufen kann, die Beschaffung rund 7 Jahre dauert, liegt am besonderen Verkehrssystem in Berlin. Es

erwartet uns also noch eine gewisse Durststrecke.

Hinzu kommt noch, dass unsere Stadt wächst und wir neue Linien und Verbindungen benötigen. Besonders in Treptow-Köpenick haben wir einen großen Bedarf. Zugleich müssen wir um den Erhalt der Fährverbindung zwischen Baumschulenweg und Oberschöneweide kämpfen, obwohl auch dies für viele Pendler eine wichtige Verbindung ist.

Wenn jemand in all diesen Themen richtig gut drin steckt und mit allen Verantwortlichen im ständigen Austausch steht, dann ist das mein Kollege Tino Schopf. Mit ihm und natürlich mit Ihnen möchte ich über die aktuellen und die zukünftigen Herausforderungen ins Gespräch kommen.

Wie geht's weiter mit BVG und S-Bahn?

**Donnerstag, 28. Februar, 19 Uhr,
Mittelpunktbibliothek Treptow
(Michael-Brückner-Straße 9)**

So können Sie mich erreichen:

Abgeordnetenhaus:

Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin
Tel.: 030 / 23 25 22 90

Wahlkreisbüro

Rathaus Johannisthal
Sterndamm 102
12487 Berlin
Tel.: 030 / 40 74 22 73

Bürgersprechstunde

Mittwochs, 14:30 - 16:30
SPD-Ansprechbar
Siemensstraße 15
12459 Berlin

wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de | www.lars-duesterhoeft.de

Ansprechbar

Wahlkreiszeitung von Lars Düsterhöft

Für Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin



Ausgabe 9 1. Quartal/2019

Weg mit Hartz IV - Und dann?

SPD diskutiert über die Reform von ALG II

„Weg mit Hartz IV!“, dieser Ausspruch wurde die zentrale Aussage der Montagsdemonstrationen in den Jahren 2003 und 2004. Über 100.000 Menschen gingen damals gegen die Reformen der Agenda 2010 auf die Straße. Diese Agenda - wovon das Gesetzespaket Hartz IV nur eines von vielen Bestandteilen war - prägt bis heute die Diskussion über dieses Reformpaket. Der zentrale Vorwurf an die SPD, diese hätte den Sozialstaat geschliffen, besteht bis heute. Neben dieser Kritik gibt es Stimmen, die der SPD bis heute viel Weitsicht für diese Politik bescheinigen.

Die Kritik an der Einführung des Arbeitslosengeldes II (ALG II) innerhalb der SPD ist genauso alt wie die Reform selbst. Bereits seit 2006 wurden immer wieder kleinere und größere Änderungen vorgenommen. Die damals bekämpften Gesetze gibt es in der Form nicht mehr. Und trotzdem gab es bisher keine umfassende Reform der Jobcenter und des ALG II.

Doch wer „Weg mit Hartz IV“ ruft oder plakatiert muss auch eine Antwort darauf haben, was danach kommen soll. Was ist

schlecht an dem heutigen System, was hat sich bewährt, was muss sich ändern?

Als ehemaliger Bezieher von ALG II sowie als Abgeordneter kenne ich das Jobcenter recht gut. Nicht nur von außen. Ich weiß um die gute Arbeit, die von den allermeisten MitarbeiterInnen tagtäglich geleistet wird. Zugleich weiß ich um die zahlreichen Fälle, wo etwas schief läuft.

Ich möchte mit Ihnen darüber diskutieren, wie sich das Sozialsystem ändern muss, was gut war und ist, was schnell abgeschafft und anders gemacht werden muss. Mit Ihnen und mir diskutiert Frau Monika Bunge - Geschäftsführerin des Jobcenters Treptow-Köpenick. Ich freue mich drauf!

Ihr Lars Düsterhöft

Diskussion über die Zukunft von Hartz IV

**Sonntag, 10. Februar, 10 Uhr,
Industriesalon Schöneweide
(Reinbeckstraße 9)**

Die Pflege steht vor riesigen Herausforderungen

Praktikum im Pflegeheim in Oberschöneweide



Mandy Gedert und ich sind einmal im Monat gemeinsam in Johannisthal, Ober- und Niederschöneweide unterwegs, um etwas gutes zu tun oder irgendwo zu helfen. Im Dezember haben wir besondere Menschen bei ihrer wichtigen Arbeit begleitet. Dieses Mal führte uns unser Weg ins Seniorenheim St. Konrad, wo wir eine Schicht lang den Pflegenden über die Schulter schauen durften.

Die Situation in der Pflege beschäftigt mich sehr. Schließlich habe ich selbst 6 Jahre lang am Patienten gearbeitet. Seit ein paar Monaten bin ich nebenberuflich wieder für ein Pflegeunternehmen tätig.

Aktuell sind 136.000 Menschen in Berlin pflegebedürftig. Ihre Zahl wird nach neuen Prognosen bis zum Jahr 2030 auf 170.000 steigen. Gepflegt werden sie von rund 200.000 pflegenden Angehörigen sowie 45.000 Pflegekräften. Diese werden bei immer mehr Pflegebedürftigen nicht ausreichen. Hinzu kommt, dass die Qualität

der Pflege sich weiter verbessern soll.

Personalmangel ist das größte Problem in der Pflege

Und genau hier beginnt das entscheidende Problem. Um die Menschen so pflegen zu können, wie wir alle es wollen und um die anfallende Arbeit nicht auf immer weniger Schultern zu verteilen, benötigen wir dringend mehr Pflegefach- und Pflegehilfskräfte. Mehr ausbilden, besser bezahlen und Leasing verbieten. So die Kurzformel, wie mehr Personal gewonnen werden könnte.

Mehr Ausbildung, höhere Gehälter

Das Land Berlin fördert seit Jahren massiv Schaffung neuer Ausbildungsplätze. An den Pflegeschulen von Vivantes und Charité konnten die Ausbildungsplätze mehr als verdoppelt werden. Jedoch wird die Pflegeausbildung grundsätzlich neu strukturiert. Berlin droht so vorübergehend hunderte Ausbildungsplätze zu verlieren.

Die Löhne sind in den letzten Jahren und Monaten deutlich gestiegen. Und auch in diesem Jahr müssen Pflegeunternehmen deutlich höhere Gehälter zahlen, um das Personal zu halten. Jedes Unternehmen zahlt aber unterschiedlich. Ein einheitlicher Tarifvertrag ist überfällig.

Leasinggesellschaften verbieten

Dass es auf dem Markt genügend Pflegekräfte gibt, zeigen die Leasingunternehmen. Hier können Pflegeunternehmen zu teils absurd hohen Preisen Person leasen. Dieses Leasingpersonal kann sich die Arbeitszeiten aussuchen und muss weniger Verantwortung in den Einrichtungen über-

nehmen. Für das Stammpersonal eine zusätzliche Belastung. Deshalb kämpfe ich für das schnelle Verbot dieser Leasingunternehmen. So würden uns schlagartig tausende gut qualifizierte Pflegekräfte zur Verfügung stehen.

Wertschätzung der geleisteten Arbeit

Dass in Berlin 136.000 Menschen zuverlässig und in der Regel sehr gut gepflegt werden, ist keine Selbstverständlichkeit. Es ist eine körperlich und psychisch äußerst schwere Arbeit. Das wichtigste ist die gesellschaftliche Anerkennung. Nicht bemitleidend, sondern bewundernd und dankbar, so begegne ich unseren Pflegekräften.

Kalte Nächte und kein Obdach?

Was Berlin unternimmt, um den Obdachlosen zu helfen



Die Kältehilfe als Notquartier

Im Winter gibt es zusätzlich zu den ganzjährigen Angeboten die Kältehilfe. Zur Zeit stehen hier insgesamt ca. 1000 Plätze zur Verfügung. Im letzten Jahr lag die Auslastung bei ca. 86%. Bei Bedarf können auch noch mehr Plätze geschaffen werden.

Längst nicht alle Obdachlose nehmen dieses Angebot auch an.

Das Angebot wurde durch die rot-rot-grüne Koalition deutlich ausgeweitet. Mittlerweile gibt es diese Notschlafplätze vom 1. Oktober bis zum 30. April.

Kältebus

Vom 1. November bis einschließlich 30. März kann man ab 18 Uhr den Wärmebus der Deutschen Roten Kreuzes unter der 0170-910 00 42 und ab 21 Uhr den Kältebus der Berliner Stadtmission unter 0178-523 58 38 erreichen. Sie kümmern sich um die Ansprache der obdachlosen Personen und bringen diese, je nach Wunsch in eine Einrichtung der Kältehilfe.

Ganzjährige Hilfen

Angebote für Obdachlose Menschen gibt es natürlich nicht nur im Winter. Das Abgeordnetenhaus hat die Mittel für niedrigschwellige Projekte in der Wohnungslosenhilfe auf rund 8 Mio. Euro erhöht. Das ist gegenüber den Jahren 2016/2017 eine Verdopplung.

Auch die Straßensozialarbeit wurde massiv ausgebaut. Es sind viele Projekte entstanden, die den Obdachlosen schnell und unbürokratisch Hilfe bieten sollen.

Derzeit sind ca. 37 000 Menschen in Wohnungslosenunterkünften untergebracht. Finanziert werden diese durch die Sozialämter oder ggf. die Jobcenter. Die Angebote sind sehr verschieden. Von kleinen Appartements bis zu Mehrbettzimmer ist alles dabei.

Problematisch ist, dass die Tagessätze für solche Unterkünfte in der Regel recht teuer sind. Zudem gibt es verschiedene Anbieter und auch unterschiedliche Anforder-

ungen an die Ausstattung. Ziel ist es, eine gesamtstädtische Steuerung zu etablieren. Einerseits, um die Platzvergabe besser zu koordinieren, aber auch um die Standards Stück für Stück zu verbessern.

Mein Wunsch wäre es, dass mehr Einrichtungen durch das Land betrieben werden. Die Unterbringung von Wohnungslosen ist nämlich für viele ein sehr gewinnbringendes Geschäft. Dem könnte man durch landeseigene Betriebe entgegenwirken und Missbrauch vermeiden.

Obdachlosigkeit verhindern

Das oberste Ziel ist aber natürlich Obdachlosigkeit von vorneherein zu vermeiden. Um hier besser helfen zu können, gibt es in den Bezirken seit 2018 die unabhängige Sozialberatung. Diese soll frühzeitig beraten, unterstützen und weitervermitteln.

Seit dem 1. Januar übernimmt das Land Berlin auch wieder höhere Kosten für die Mieten. Das soll dazu beitragen, die Verdrängung von ALG II-BezieherInnen zu vermeiden und sie vor Wohnungslosigkeit schützen.

Wer wohnt auf unseren Straßen?

Eines der großen Probleme ist auch, dass wir so gut wie nichts über die Menschen auf der Straße wissen. Weder wie viele es sind, woher sie kommen, wie lange sie bereits auf der Straße leben und welche Hilfsangebote sie konkret bräuchten. Viele Vereine, Verbände und Institutionen erfassen zwar die Menschen, denen sie helfen, konkrete Zahlen gibt es aber nicht.

Damit den Betroffenen individuelle Hilfsangebote schneller und besser zukommen können, wird in diesem Jahr erstmals eine Statistik erstellt werden.